

Der Kurier Berlin

64 — 16. März 1948

„Was haben wir schon zu sagen?“

Berlin (Eigener Bericht). „Was haben wir Deutschen denn schon groß zu sagen?“ meinte der stellvertretende Vorsitzende der Ostzonen-LDP, Lieutenant, zu der Frage eines Vertreters des „Kurier“, warum er und Dr. Külz eine Stellungnahme zur Rede de Gaulles und zum Tode Masaryks abgelehnt hätten. Sich zu solch heiklen Fragen zu äußern, sei auch für die Partei unzweckmäßig. „Ist man dafür, so verschnupft man die eine Besatzungsmacht; ist man dagegen, dann sind die anderen böse.“ Seine wahrhaft deutsche Meinung behalte man lieber für sich.

Zu der Äußerung des SPD-Vorsitzenden Schumachers — der Versuch, in Deutschland die Freiheit zu sichern, sei ohne das Recht zum Nein-Sagen nicht möglich —, bekannte Lieutenant: „Leider haben wir in Deutschland viel zu wenig Leute, die es riskieren, auch einmal ‚nein‘ zu sagen.“

Lieutenant versicherte dann, das Ergebnis des Berliner LDP-Parteitages und die Wiederwahl Schwennickes berührten die Ostzonen-LDP „nur ganz am Rande“. Falls der Ostsektor der Partei sich zu einer künftigen Landesgruppe zusammenschließen werde, werde die Zonenleitung ihre Unterstützung selbstverständlich nicht versagen.

Der Kurier (Berlin)

№. 234

Lieutenant wehrt sich

Berlin (Eigener Bericht). Er habe keinerlei Ambitionen, den Vorsitz der LDP in der Ostzone zu übernehmen, erklärt der geschäftsführende Vorsitzende Arthur Lieutenant, zu dem letzten Angriff der „Täglichen Rundschau“. Es sei eine „böswillige Verleumdung“ des sowjetamtlichen Organs, sagt Lieutenant, daß er sich die Situation nach dem Tode von Dr. Külz zunutze gemacht habe, um durch Stärkung der „reaktionären Kreise“ der Partei selbst Vorsitzender zu werden. Völlig falsch orientiert sei die Zeitung der SMA auch, wenn sie von Unzufriedenheit der großen Masse der LDP-Mitglieder mit der politischen Richtung des gegenwärtigen Parteivorsitzenden spreche. Vielmehr stehe die große Menge der Wähler hinter dessen Kurs, der für absolut demokratisch gehalten werde.

Hamburger Freie Presse

93

Lieutenant kapituliert

(Drahtbericht unserer Berliner Vertretung)

Berlin, 14. Oktober

Der geschäftsführende Vorsitzende der Ostzonen-LDP, Artur Lieutenant, hat sein Amt niedergelegt mit der Begründung, daß seine Tätigkeit als Finanzminister des Landes Brandenburg ihn übermäßig in Anspruch nehme. Lieutenant, der nach dem Tode von Dr. Wilhelm Külz die Leitung der LDP innehatte, war wegen seiner Kritik an dem Zweijahreswirtschaftsplan der SED wiederholt von der sowjetamtlichen „Täglichen Rundschau“ heftig angegriffen worden. Er vertrat den Standpunkt, daß ein Wirtschaftsplan für die Ostzone von den Blockparteien gemeinsam ausgearbeitet werden müsse. Unmittelbar nach seiner Rücktrittserklärung wurde in der gleichen Vorstandssitzung beschlossen, die „volle Mitverantwortung bei der Durchführung des Zweijahresplans“ zu übernehmen. Mit dem geschäftsführenden Vorsitz der Ost-LDP bis zur Neuwahl eines ersten Vorsitzenden auf dem wiederholt verschobenen Parteitag wurde Dr. Hamann, der 2. Vorsitzende des Landesverbandes Thüringen der LDP, betraut.

Interpress (Hamburg)

Datum

19. Okt. 1949

Nr. 206

206/1949

Lieutenant, Arthur

deutscher Staatsmann

(Interpress) - Geb. 9. September 1884 in Jauer/Schlesien. Evangelisch. Besuchte die höhere Schule. Studierte Nationalökonomie. 1919 besoldeter Stadtrat in Glogau. 1931 Bürgermeister von Glogau. Gehörte der "Freiwilligen Volkspartei" und später bis 1933 der Deutschen Demokratischen Partei an. Wurde 1933 12 Wochen inhaftiert. War illegal weiter für seine Partei tätig. Gründete 1945 nach der Kapitulation zusammen mit Dr. Külz die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands. Dezember 1945 in den geschäftsführenden Vorstand der LDP, 7. Februar 1946 zum stellvertretenden Vorsitzenden der LDP als Vertreter von Dr. Külz gewählt. War Juli 1946 als Vertreter der LDP der sowjetischen Zone Mitglied des Koordinierungsausschusses für die Gründung einer gesamtdeutschen demokratischen Partei. Wurde am 10. Juli 1946 zum geschäftsführenden Vorsitzenden der gesamtdeutschen Organisation der LDP gewählt. Nahm Mai 1947 an der Sitzung des Ausschusses der antifaschistisch-demokratischen Parteien der Ostzone teil. Wurde am 7. Juli 1947 zum stellvertretenden und geschäftsführenden Vorsitzenden der Ostzonen-LDP gewählt. Hatte am 29. November 1947 eine längere Besprechung mit Oberst Tulpanow. 12. Dezember 1947 zum Mitglied des Sekretariats des ständigen Ausschusses des Deutschen Volkskongresses ernannt. Schied Januar 1948 nach Differenzen mit der westlichen LDP aus der LDP-Ortsgruppe Wilmersdorf aus. Januar 1948 auf Antrag von Prof. Dr. Heuss auf Ausschluss wurde ihm auf einer Tagung des Koordinierungsausschusses der demokratischen Parteien nahegelegt, die Konsequenz aus seiner opportunistischen Politik zu ziehen. Verliess daraufhin zusammen mit Dr. Külz den Sitzungssaal. Wurde am 27. Januar 1948 vom britischen Militärkommandanten von Berlin empfangen. Gesellschafter des "Kongressverlages", in dem die Publikationen des Deutschen Volkskongresses erscheinen. Hochgradiger Freimaurer. 19. März 1948 zum Mitglied des Sekretariats des Volkskongresses mit Stimme und Sitz im Präsidium gewählt. Nach dem Tode von Dr. Külz im April 1948 zusammen mit Damerow, Kastner und Moog in monatlichem Wechsel Vorsitzender der Ostzonen-LDP. Wurde am 20. Mai 1948 für den ausgeschiedenen Dr. Kunze als Finanzminister des Landes Brandenburg eingesetzt. Brachte Mai 1948 auf einem in Magdeburg gehaltenen Referat zur politischen Lage die Ablehnung des Kommunismus durch die LDP scharf zum Ausdruck. Wurde September 1948 durch die sowjetische "Tägliche Rundschau" scharf angegriffen. Legte 9. Oktober 1948 auf der Sitzung der vier LDP-Vorsitzenden sein Amt als geschäftsführender Vorsitzender nieder mit der Begründung einer zu starken Inanspruchnahme als brandenburgischer Finanzminister. Blieb weiterhin als stellvertretender Vorsitzender im Vorstand der Ostzonen-LDP. Trat Oktober 1949 von seinem Posten als brandenburgischer Finanzminister zurück. Begründete seinen Rücktritt mit Gesundheitsrücksichten, erklärte aber, dass seiner Auffassung nach durch die Bildung der Regierung der "Deutschen Demokratischen Republik" die Länderregierungen noch bedeutungsloser würden, als sie es unter dem Regime der Deutschen Wirtschaftskommission bereits waren und hält deshalb eine Rückkehr auf seinen Ministerposten für sinnlos. - Anschrift: Berlin-Wilmersdorf, Landhausstr. 1

19. 10. 1949

Bei Abdruck wird ein Belegexemplar erbeten

(:)

11439-0005 000

Hamburgisches
Welt-Wirtschafts-Archiv

Signatur

Datum 19 Okt. 1949

Die Welt (Hamburg)

Nr. 171

LDP-Lieutenant trat ab

Brandenburgs Finanzminister hält weitere Tätigkeit für sinnlos

Von unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 18. Oktober

Der brandenburgische Finanzminister und Mitbegründer der Ostzonen-LDP, Arthur Lieutenant, teilte der brandenburgischen Regierung nach einer Meldung des „Telegraf“ seinen Rücktritt mit. Offiziell begründete Lieutenant, der sich bereits seit längerer Zeit krankheitshalber in Westberlin aufhält, seinen Rücktritt mit Gesundheitsrücksichten.

Er erklärte jedoch, daß er eine Wiederaufnahme seiner Tätigkeit in Potsdam für sinnlos halte, da nach Bildung der Ostzonenregierung die Länderregierungen noch bedeutungsloser würden, als sie es unter dem Regime der Wirtschaftskommission ohnehin schon gewesen seien.

*

Von unserem Innenpolitischen Mitarbeiter

Mit Lieutenant verschwindet der letzte der „bürgerlichen“ Parteigründer von 1945 aus dem öffentlichen Leben der Ostzone. Hermes, Schreiber, Kaiser und Lemmer von der CDU gingen bereits lange voran, Dr. Külz, der persönliche Gönner Lieutenants, der die LDP in der Sowjetzone aufbaute, starb im April 1948. Lieutenant deckte bis zum Tode von Külz als Schatten seines Meisters die nachgiebige Politik seiner Partei gegenüber der SMA und der SED.

Als der inzwischen zum brandenburgischen Finanzminister Ernannte 1948 einige mutige Worte wagte, wurde er vom Posten des geschäftsführenden Vorsitzenden der Ost-LDP verdrängt. Politische Kreise sehen in dem nun erfolgten Rücktritt Lieutenants die Erkenntnis, daß der Versuch eines Kompromisses zwischen Liberalismus und Kommunismus gescheitert ist. Ein großer Teil seiner Parteifreunde gewann diese Erkenntnis bereits zwei Jahre früher.

The Times (London)

Nr. 51517 -

AN EAST ZONE RESIGNATION

VAIN STRUGGLE OF A PARTY LEADER

From Our Own Correspondent

BERLIN, Oct. 19

The Volkskammer, the Lower House of the east German Parliament, at a brief meeting to-day approved a message to Mr. Stalin thanking him for his telegram which preceded the Soviet Government's diplomatic recognition of the new State. The House also approved nominations to various committees and then adjourned till November 9.

To-day's proceedings were conducted with the same mechanical unanimity as marked the inaugural sittings. Besides a representative of the Soviet Control Commission, members of the Polish, Czechoslovak, Hungarian, and Swiss military missions in Berlin were present.

The new State now has the diplomatic recognition of five States—the Soviet Union, Poland, Czechoslovakia, Hungary, and Bulgaria. Dr. Friedrich Wolf, whose appointment as German diplomatic representative in Warsaw was announced early this morning, was, like several members of the new Government, in Russia from 1933. Originally a doctor of medicine, he made a reputation during the twenties and early thirties as a dramatist dealing with social themes. During the war he was a member of the "Free Germany" committee in Russia, and did propaganda work on Moscow Radio.

POINTS YIELDED

The resignation, nominally because of ill-health, of Herr Arthur Lieutenant from the Finance Ministry of Brandenburg and from office in the Liberal Democratic Party of the eastern zone is announced to-day. Herr Lieutenant succeeded the late Dr. Wilhelm Külz in the leadership of the party last year, and for a time tried to fight against the stranglehold of the Communist-controlled Democratic bloc, to which all the eastern parties belong, but was manoeuvred out of the direction of party affairs.

In interviews published to-day Herr Lieutenant, who lives in western Berlin, makes it clear that the Liberal Democrats, like the Christian Democrats, have not joined the new Government without grave misgivings. Now that they have yielded on two cardinal points—the postponement of elections for a year and acceptance of the Oder-Neisse Line as a permanent frontier—Herr Lieutenant sees little independent future for the two parties.

This is already pathetically clear. Where representatives of the bourgeois parties have been given Ministries they have proven Communists as Secretaries of State; and the way in which the business of the Volkskammer is conducted shows that Parliamentary control of the Government scarcely exists, even as a formality.

An article in to-day's *Neue Zeit*, the party newspaper, seeks to justify the action of the Christian Democratic leaders in agreeing to the postponement of the elections. Their defence is that, while it would have been more popular to insist on elections and go down with flag flying, the date and method of the elections would still have been doubtful. It was thus better by forgoing elections to contribute to a "great easing of the occupation question" and clear the way for a restoration of national sovereignty and unity.